



Beschlussantrag

SACH_10-24_010

Basisdemokratische Erneuerung der öffentlichen und insbesondere der EU Finanzordnung

Parteitag	Hirschaid, Franken
Datum	14. bis 16. Juni 2024
Themenbereich	Demokratische staatliche Finanzordnung
Antragsteller/-in Mitgliedsnummer	
Kontakt	
Gegenstand / Thema	Demokratisierung der Finanzordnung zwischen den Kommunen/Städten und Land-/Bund und EU und Festlegung der steuervereinnahmenden Ebene.
Abstimmungs- fähiger Wortlaut	<p>Die dieBasis fordert die Herstellung einer demokratischen Finanzordnung zum Erschweren des Missbrauchs von Steuergeldern durch abgehobene staatliche Institutionen wie zB die EU-Bürokratie in Brüssel, dessen entscheidendes Element die Rückverlagerung der Hoheit für die Vereinnahmung von Steuern zu den Kommunen ist.</p> <p>Die von den Kommungen vereinnahmten Steuern sollen mit einem Verteilungsschlüssel von ca 80 zu 20 überwiegend bei den Kommunen bleiben, wobei für Land / Bund- und EU als koordinierende Ebenen eine Basisfinanzierung gesichert bleibt Für darüberhinausgehende Finanzausweisungen müssen die "übergeordneten" Ebenen dann bei den Kommunen jeweils gut begründet um die Finanzierung jedes ihrer Projekt werben Dadurch wird eine starke, lebendige, produktive, demokratische und bürgernahe öffentliche Kommunikationskultur aufgerichtet und eine maximale Transparenz der Steuerverwendung der "übergeordneten" Ebenen hergestellt.</p> <p>Wir fordern damit also eine machtbegrenzende basisorientierte und basisdemokratische öffentliche Finanzstruktur, die die Kommunen (also die eigentlichen und primären öffentlichen Leistungsträger) grundlegend stärkt und die koordinierenden Gliederungen (Land-/Bund und EU) immer erneut zum konstruktiven Konsens mit den Kommunen zwingt.</p> <p>Mit Rückverlagerung der Hoheit für die Vereinnahmung von Steuern zu den Kommunen werden die "übergeordneten" Ebenen Land-/ Bund- und EU wieder zu dem, was sie im demokratischen System sein sollten: koordinierende Dienstleister der Bürger</p>
Begründung	<p>Die aktuelle Situation der öffentlichen Finanzen auf Landes-/Bundes- und insbesondere auf der EU Ebene ist intransparenter, zentralistischer und bürgerferner denn je</p> <p>Durch die losgelöste und kaum kontrollierte Allmacht der EU-Bürokratie in Brüssel hat sich Europa und damit auch Deutschland immer mehr von seiner demokratischen Grundidee und uns Bürgern entfernt. Heute wird in Europa wieder wie in feudalistischen Zeiten mit großer Arroganz von oben nach unten "durchregiert", und die Verwendung der Steuergelder ist für die Bürger nicht mehr steuerbar und nicht kontrollierbar.</p>

Wir Bürger und alle Selbstständigen, Handwerker, Bauern und Mittelständler werden immer totalitärer und immer absolutistischer mit einer Flut von Richtlinien, Verordnungen und Gesetzen und Dauerkontrollen überschüttet und erstickt.

Und wir werden durch den Effekt/die Wirkung der darin liegenden immanenten strukturellen Gewalt einer rechtsstaatlichen Grundsätzen widersprechenden und immer willkürlicheren Dauer-Beweislastumkehr ausgesetzt.

Mittels dieser strukturellen Dauer-Beweislastumkehr durch die Richtlinien und Gesetzesflut aus Brüssel ist für die "Elite" und die korporatistische EU Bürokratie heute JEDER Bürger erstmal ein Gefährder, Regelverstosser, Umweltsünder, CO2-Junkie, Richtlinienverletzer, Meinungsverbrecher, Gesundheitsgefährder, Solidaritätsverweigerer oder eben einfach Nazi oder sonst irgendwas, womit man ihn sanktionieren, demütigen, mundtot machen und öffentlich herabwürdigen kann

Es ist dystopisch geworden

Unter Richtlinien und Gesetzesflut der EU kann es keinen normalen rechtschaffenden Bürger mehr geben, sondern nur noch sich abstrampelnde den immer neuen Kapriolen von Sprachregelungen, Richtlinien und Gesetzes Drangsalierungen hinterhechelnde Sklaven, die immense Steuern schultern müssen, aber kaum noch Einfluss auf deren Verwendung haben.

Das notwendige Gegenmittel ist Machtverteilung und Gewaltenteilung - beim Thema "Steuern" heisst das: durch Rückverlagerung der Steuervereinnahmungshoheit zu den primären Dienstleistern, also den Kommunen, wieder bürgernahe echt-demokratische Transparenz und finanzielle Machtverteilung herzustellen.